

Ressort: Politik

Deutsche Politiker über Erdogans neue Äußerungen entsetzt

Berlin, 14.04.2017, 18:41 Uhr

GDN - Die Ankündigung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayip Erdogan, den seit mehr als zwei Monaten inhaftierten deutsch-türkischen "Welt"-Journalisten Deniz Yücel unter seiner Regierung "niemals" ausliefern zu lassen, stößt in der deutschen Politik auf scharfe Kritik. "Erdogan nimmt den letzten Zweifel, dass die Türkei kein Rechtsstaat und kein Kandidat für die EU-Mitgliedschaft ist", sagte FDP-Chef Christian Lindner zu "Bild".

Innen-Staatssekretär Günter Krings (CDU) wirft dem türkischen Staatspräsidenten vor, "die Maske eines angeblich rechtsstaatlichen Verfahrens endgültig fallen" gelassen zu haben. Er gebe damit nun zu, "dass in der Türkei nicht mehr Richter das letzte Wort in Strafverfahren haben." Und Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) sagte: "Rechtsstaatlichkeit ist ein wesentliches Prinzip, das die Staaten Europas verbindet. Es ist unfassbar, wie offen in diesem Fall grundlegende Prinzipien missachtet werden. Letztlich disqualifiziert sich der Präsident öffentlich selbst."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-88062/deutsche-politiker-ueber-erdogans-neue-aeusserungen-entsetzt.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com